

Überlegungen und Formulierungsvorschläge für das Kommunalwahlprogramm 2014

Einleitung - Wähleransprache

Dieser Teil soll erarbeitet werden, wenn die übrigen Teile des Programmes fertig gestellt sind, er soll enthalten:

- *Ansprache der Wählerinnen*
- *Wichtigste Ziele der LINKEN kompakt*
- *Wahlaufruf*
- *Bezug zur Europawahl*

Halle – Stadt des sozialen Ausgleichs

Der Bund und das Land wälzen systematisch finanzielle Lasten im Bereich der Sozialpolitik auf die Städte und Gemeinden ab. Auch Halle kann diese nicht vollständig ausgleichen. Durch Engagement vor Ort werden wir dafür sorgen, dass soziale Härten durch geeignete Initiativen gemildert werden können.

Mit großer Sorge sehen wir, dass viele Kinder in Verhältnissen aufwachsen müssen, die von Problemen, von Entbehrungen und Belastungen ihrer Eltern deutlich geprägt werden. Jedes dritte Kind in Halle lebt in einer Bedarfsgemeinschaft und damit in Armut oder ist von Armut bedroht. Wir wissen, viele Menschen wurden seit Jahren aufgrund ihrer sozialen Situation und fortdauernder Arbeitslosigkeit an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Andere kämpfen in prekären Beschäftigungen zu Niedriglöhnen mit den Folgen der neoliberalen Politik. Armut im Alter aufgrund dauerhaft niedriger Einkommen oder unterbrochenen Erwerbsbiografien und dadurch geringer Rentenansprüche ist schon heute vorprogrammiert. Potentiale liegen brach, weil Barrieren beim Zugang zu Arbeit, Bildung, Wissenschaft und Kultur vor allem junge Menschen davon abhalten, ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen und ihre Fähigkeiten und ihre Kreativität zu entfalten – für ihre persönliche Zukunft und damit auch für unsere Stadt.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden, hierfür kämpft DIE LINKE auf allen politischen Ebenen. DIE LINKE will eine Stadt für alle Menschen. Keiner darf zurückgelassen werden, kein Stadtteil darf abgehängt werden. Wir knüpfen dabei an den realen Lebensbedingungen der Menschen an, ohne auf haltlose Versprechungen zu setzen.

Das heißt für DIE LINKE

- Weitere Arbeit an den Handlungsstrategien gegen Kinder- und Altersarmut sowie deren Unterersetzung mit Handlungsstrategien in geeigneten Konzepten
- Erhalt der Leistungen des Halle-Passes und seine Weiterentwicklung als diskriminierungsfreien Zugang zu sozialen und kulturellen Leistungen in unserer Stadt sowie die Einführung eines Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr in Halle (Saale)
- Einsatz für ausreichende Beratungs-Hilfs- und Präventionsangebote für Familien, Senioren, Kindern und Jugendlichen in allen Sozialräumen (*)
- Eine niedrigschwellige Beratung mit barrierefreiem Zugang ist dafür eine unerlässliche Bedingung.
- Einsatz dafür, dass auch für einkommensschwache Haushalte Strom, Wasser, Gas und Heizung bezahlbar bleiben. Eine Abschaltung der Stromversorgung lehnen wir ab; die Einführung von „Sozialbudgets“ wollen wir prüfen
- Die Unterstützung der Kampagne kostenloser Energieschecks für Betroffene von Transferleistungen als Präventionsangebote

- sich für eine strategische Sozialplanung einzusetzen, auf deren Grundlage eine verlässliche und kontinuierliche Finanzierung der Angebote der Freien Träger möglich ist. Das beinhaltet auch, Wohngebiete, in denen ein besonders hoher Anteil von Familien wohnt, die von Transferleistungen leben, besonders zu fördern.
- sich für die Umsetzung der europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, einschl. des Aktionsplanes, einzusetzen. Das beinhaltet die gleichberechtigte Vergabe von Fördermitteln für Gleichstellungsprojekte ebenso wie die Erhaltung der Beratungsstellen der AIDS-Hilfe, der schwul-lesbischen Begegnungs- und Beratungsstellen
- der Erhalt des Frauenschutzhauses
- die bevorzugte Förderung von Existenzgründerinitiativen von Frauen
- sich für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen einzusetzen. Teilhabe darf nicht an finanziellen Erwägungen scheitern.
- Unterstützung und Förderung von Betreuungsformen und Projekten, die hilfebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglicht
- Fortschreibung von abrechenbaren Konzepten zur Integration und Gleichstellung behinderter Menschen in der Kommune
- Sich für die Stärkung der Kompetenzen der hauptamtlichen Gleichstellungs-Behinderten, Integrations- und Kinder- und Jugendlichen beauftragten einzusetzen

Halle – eine Stadt der Wissenschaft und Studierenden

Die Martin-Luther-Universität, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein und die Hochschule für evangelische Kirchenmusik machen Halle zum größten Hochschulstandort unseres Bundeslandes. Die deutschlandweite und internationale Ausstrahlung der Hochschulen, aber auch der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sind für die Stadt und die Region ebenso von unschätzbarem Wert, wie ihre Attraktivität für junge Menschen und ihr Innovationspotential. Umso wichtiger ist es, dass die Fächervielfalt erhalten bleibt. DIE LINKE wird deswegen auf allen politischen Ebenen den Kürzungsabsichten bei den Hochschulen entgegenreten.

Wir setzen uns für eine aktive Werbung der Stadt Halle – gemeinsam mit den Wissenschaftseinrichtungen – um Studierende ein. Zudem soll die Stadt die Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Gewinnung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterstützen.

Das heißt für DIE LINKE

- Unterstützung bei Arbeitsplatzsuche für PartnerIn von WissenschaftlerInnen (Dual Career);
- Unterstützung beim Organisieren der Kinderbetreuung und beim Finden der geeigneten Schule sowie der Wohnraumsuche
- intensive Zusammenarbeit mit den Careercentern der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen
- In Abstimmung mit dem Studentenwerk sorgt die Stadt weiterhin über ihre Wohnungsgesellschaften für bezahlbaren Wohnraum für Studierende
- Einsatz für ein attraktives Semesterticket, das die Region Halle-Leipzig mit einbezieht
- Günstige Eintrittspreise zu den Kultureinrichtungen sowie kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek
- Anpassung der Kinderbetreuung an den Alltag junger AkademikerInnen
- Unterstützung studentischer Initiativen in der Kultur, im Sozialen Bereich und im Sport
- Stadtverwaltung und Tochterunternehmen bieten verstärkt Praktikumsplätze an und kooperieren mit den Hochschulen bei der Erstellung von Abschlussarbeiten bis hin zur Kooperation bei Promotionen
- Gemeinsame Stadtentwicklung und Hochschulplanung besonders mit Blick auf die Immobiliensituation der Hochschulen

- Enge Abstimmung in Bauangelegenheiten mit den Hochschulen, dem Land, der Uniklinik und den Außeruniversitären Forschungseinrichtungen
- Technologie- und Gründerzentrum und Multimediazentrum stärken und weiterentwickeln
- Stärkere Unterstützung von Existenzgründungen und Unternehmensansiedlungen im wissenschaftsnahen Bereich
- Besonderes Augenmerk auf die Kreativwirtschaft und die Entwicklung des Technologieparks am Weinbergweg richten
- Entwicklung und Ansiedlung außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen und die Vernetzung von Wissenschaftseinrichtungen mit der regionalen Wirtschaft stärker unterstützen

Halle – eine Stadt mit bester Bildung

Bildung ist ein Schlüssel zur freien Entfaltung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen, aber auch für ihre Chancen und ihr Engagement im Leben und im Beruf. Gebildete junge Menschen sind die beste Voraussetzung für die Entwicklung und Innovation, sie gestalten die Entwicklung in unserem Land und in der Region in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich mit. Dazu müssen sie die Chance erhalten, selbstbestimmt, entsprechend ihren Fähigkeiten, Fertigkeiten und Möglichkeiten aufzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Lebenslanges Lernen, Bildung und Weiterbildung sind unerlässlich.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen optimale Bedingungen für erfolgreiches Lernen in gut ausgestatteten Schulen erhalten und jeder angestrebte Abschluss an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erlangt werden kann. Dabei ist die Entwicklung eines Konzeptes und die Schaffung der Voraussetzungen zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Lernbedarf, vom gemeinsamen Unterricht hin zu einer inklusiven Schule, notwendig.

Das heißt für DIE LINKE:

- Kindertagesstätten sind Orte der Bildung und Erziehung - wir treten für gleiche Betreuungsbedingungen aller Kinder – egal, ob sie bei freien Trägern oder dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten betreut werden ein; die finanzielle Mindestausstattung (Betriebskostendeckung), Möglichkeiten der Abschreibung und die Bereitstellung von Investitionsmitteln muss bei öffentlichen und freien Trägern auf das gleiche Niveau geführt werden
- Frühkindliche Bildung erfordert Kostenfreiheit, wenn sie als Bildungseinrichtungen verstanden werden. DIE LINKE tritt für einen kostenfreien Kinderbetreuungsplatz für jedes Kind ein, bis diese Aufgabe in Übereinstimmung mit dem Land erreicht wird, fordern wir Mittelfristig als ersten Schritt ein kostenfreies KITA-Jahr vor der Einschulung.
- Entwicklung eines integrierten Bildungskonzeptes für die Stadt Halle, welches alle Bildungsmöglichkeiten von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung einschließt
- Ausgewogene Schulentwicklungsplanung auf Grundlage der Bevölkerungsentwicklung in Halle mit wohnortnahen Grundschulen; Verhinderung einer weiteren „Entschulung“ der Außenbezirke; frühzeitiger Beteiligung der Schuler- und Elternschaft bei deren Entwicklung, unter Einbeziehung der Akteure aus dem Schulumfeld, wie Wohnungsgesellschaften, Vereine und Initiativen
- Abschluss von Kooperationsvereinbarungen zwischen der Stadt Halle (Saale) und den Umlandgemeinden zur Sicherung von Grundschulstandorten und familienfreundlichen Schulwegen
- Unterstützung und Förderung aller Aktivitäten, das längere gemeinsame Lernen zu ermöglichen; auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule unterstützen wir alle Bemühungen von Lehrenden, Lernenden und Eltern bestehende Kooperationen zwischen Grund- und Sekundarschulen und Gymnasien weiter zu entwickeln und pädagogischer Konzept für Gemeinschaftsschule zu erarbeiten und eine weitere Gemeinschaftsschule in Halle, bevorzugt im Süden der Stadt, zu entwickeln

- Bessere Sachausstattung der Schulen, im Besonderen im Bereich neuer Medien und zur Wahrnehmung besonderer Aufgaben (z.B. Gemeinsamer Unterricht, Integrationsklassen für Migranten)
- Weitere Nutzung aller Mittel aus Bundes- und Europaprogrammen, um so viele Schulen wie möglich mit öffentlichen Mitteln zu sanieren und zu modernisieren
- Für die Zeit der Sanierung bzw. Modernisierung einzelner Schulen muss es ein angemessenes Ausweichquartier geben, das den Schülerinnen und Schüler ein vernünftiges Lernen ermöglicht.
- Wir fordern die Erstellung eines kommunalen Investitionsprogrammes für Bildungseinrichtungen in der Stadt Halle unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit und zur Schaffung der räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für eine Inklusion
- Schule als Lern- und Lebensort weiter entwickeln – Ausbau der Ganztagsangebote an allen Schulen, gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und Horten befördern; Schulsozialarbeit als wirksames Instrument auch als kommunale Aufgabe begreifen; Unterstützung von Aktivitäten zur Entwicklung von Konzepten zur Öffnung von Schulhöfen
- Die Umsetzung von Bundes- und Landesprogrammen zur Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen und im Bildungsbereich, wie zum Beispiel das Bildungs- und Teilhabepaket, muss unbürokratisch und kurzfristig erfolgen
- Veränderte und vergrößerte Schuleinzugsbereiche, vor allem bei den Sekundarschulen, erfordern auch ein Umdenken bei der Schülerbeförderung. Wir wollen sichere Schulwege für alle Lernenden, dazu gehört auch die Entfernung zwischen Schule und Wohnung nicht nur über Entfernungskilometer zu definieren, sondern auch über die Schulwegsicherheit. Die LINKE tritt für einen fahrscheinlosen ÖPNV ein, bis wir dieses Ziel erreicht haben, fordern wir kostenfreies Schülerticket unabhängig von Entfernungskilometern
- Wir setzen uns für Schulbudgets ein, über deren Verwendung Schulen frei entscheiden können
- für die Berufsbildende Schulen ist ein Entwicklungskonzept in enger Abstimmung mit den Nachbarkreisen zu erarbeiten, sie sind bedarfsgerechte mit Lehr und Lernmaterialien auszustatten
- Vorhalten von ausreichend Wohnraum für GastschülerInnen der Berufsschulen
- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Bundeswehr keine Möglichkeiten eingeräumt werden, in den Schulen für sich zu werben. Wir unterstützen und fördern alle Aktivitäten, auf die Gesamtkonferenzen entsprechend einzuwirken.

Halle – Volkshochschule, Bildung mit Tradition

Die Volkshochschule als Ort lebensbegleitenden Lernens soll weiterentwickelt werden und auch zukünftig ein attraktives Bildungsprogramm ermöglichen.

Das heißt für DIE LINKE:

- Kooperationsvereinbarung mit dem Saalekreis weiterentwickeln hin zu einer echten Kooperation auf Augenhöhe; Konkurrenzverhältnis zwischen VHS Halle und Saalekreis beenden;
- personelle, räumliche und sächliche Ausstattung sicherstellen;
- Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen und städtischen Einrichtungen intensivieren, z.B. Sprachkurse für Studierende; Fort- und Weiterbildungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und der Tochterunternehmen entwickeln und anbieten,
- den gemeinsamen Standort mit der Bibliothek durch intensivierte Kooperation zu einem tatsächlichen kommunalen Bildungszentrum auszubauen.

Halle – Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche

Wir wollen dass Halle eine kinder- und familienfreundliche Stadt ist. Für uns hat dabei die Schaffung von Bedingungen der Chancengleichheit für alle Kinder oberste Priorität. Dazu gehören Fragen eines qualitätsvollen Bildungsangebotes von den Kindertagesstätten über Grund- und weiterführende Schulen bis zu Angeboten der Berufsausbildung und der Hochschulentwicklung ebenso wie die Sicherung von Jugendfreizeitangeboten und, wo nötig, einer qualifizierten sozialen Betreuung und Beratung.

Das heißt für DIE LINKE:

- Sicherung einer auskömmlichen finanziellen Ausstattung der Jugend- und Jugendsozialarbeit der Träger, im Besonderen der Präventiven Angebote
- Fortschreibung der Jugendhilfeplanung im Kontext des demografischen Wandels
- Die Teilnahme am Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ wurde auf Grund der fehlenden Finanzen durch den Stadtrat abgelehnt. Wir wollen, dass sich die Stadt Halle als „Kinderfreundliche Kommune“ weiterentwickelt und dies als gesamtstädtische Aufgabe versteht. Für Teilprojekte sollten finanzielle Mittel im Haushalt der Stadt Halle eingestellt werden. (Deckung aus dem Gesamthaushalt)
- Ausbau der Jugendsozialarbeit an allen Schulen und Beibehaltung der bestehenden Angebote über das Bundesprogramm „Bildung und Teilhabe“ hinaus
- Strikte Berücksichtigung der Familienfreundlichkeit bei allen kommunalen Projekten und Planungsvorhaben
- Beibehaltung von mindestens einem Beratungs- und Begegnungszentrum für Kinder und Jugendliche pro Sozialraum und deren finanzielle Absicherung über langfristige Leistungsvereinbarungen
- Aktive Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates der Stadt in die Entscheidungen zur Jugendarbeit und Würdigung der Aktiven
- Unterstützung von Initiativen zu eigenverantwortlichen, mobilen und interkulturellen Jugendarbeit
- Förderung von ehrenamtlichen Engagement in der Jugendarbeit durch Bereitstellung einer angemessen finanziellen Ausstattung und der Pflege einer Anerkennungskultur für Aktive
- Fortführung von Projekten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes und Unterstützung von Aktivitäten zur Ausgestaltung des HALLIANZ Jugendfonds
- Unterstützung von Initiativen und Aktionen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (z.B. Demokratie macht Schule; Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage; u.a.)

Halle- Potentiale von Seniorinnen und Senioren nutzen

Die Potentiale älterer Menschen werden immer noch unterschätzt. DIE LINKE unterstützt einen gewandelten Blick auf das Alter und die Wünsche älterer Menschen, sich in die Gesellschaft einzubringen und ihre Erfahrungen weiterzugeben. Alter ist ein Lebensabschnitt, mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht auf Rente, Pflege oder Kosten reduziert werden darf. Altersdiskriminierung lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Wir wollen, dass die Lebensleistungen der älteren Generation geachtet, und die Fähigkeiten , Kompetenzen und Gestaltungspotentiale von Mitbürgerinnen und Mitbürgern genutzt werden.

Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus dem Bedarf an gesundheitlicher Betreuung und Alterspflege. Mehr als bisher müssen alle Partner, die Kommune und die freien Träger – zusammenarbeiten, um diese Herausforderungen anzunehmen und einen solidarischen Ausgleich zwischen allen Bevölkerungsschichten und den Generationen zu erreichen.

250 Das heißt für DIE LINKE

- 251 • die weitere Unterstützung und Stärkung des Seniorenrates der Stadt Halle (Saale) , seine
252 verbesserte Einbindung in Planungs- und Entscheidungsprozesse des Stadtrates und der
253 Stadtverwaltung
- 254 • Das Konzept „Älter werden in Halle(Saale) – Schwerpunkte und Maßnahmen der Stadt Halle
255 zur Seniorenpolitik“ muss fortgeschrieben werden und neue Problemlagen aufgreifen und
256 das Netz von Beratungs- und Unterstützungsnetzwerken aufgreifen
- 257 • gegen die zunehmende Vereinsamung im Alter sollen Begegnungsstätten für Seniorinnen
258 und Senioren – in jedem Sozialraum – erhalten bleiben und von der Stadt Halle (Saale) un-
259 terstützt werden
- 260 • Erarbeitung von abrechenbaren Handlungsempfehlungen zur Hilfe von Menschen, die von
261 Altersarmut betroffen sind
- 262 • Wir unterstützen und fördern Initiativen, die älteren hilfebedürftigen Menschen ein Wohnen
263 in ihrer vertrauten Umgebung unterstützen

265 **Halle – Für eine Kultur der Integration**

266
267 In unserer Stadt leben Menschen unterschiedlichster Herkunft: ausländische Studierende, Einwan-
268 derer oder Flüchtlinge. In der kulturellen Vielfalt liegt ein großes Potential für Halle. DIE LINKE setzt
269 sich für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit aller
270 Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft ein. Wir wollen einen humanen Umgang mit Asyl-
271 bewerberinnen und Asylbewerbern ein und setzen uns für eine Willkommensstruktur für alle aus-
272 ländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ein.

273 Das heißt für DIE LINKE

- 274 • die positiven Erfahrungen der Arbeit von Bündnis Migrant*innenorganisationen und des Auslän-
275 derbeirates in der Stadt Halle (Saale) als Instrument aktiver Integrationspolitik nutzen und
276 zu unterstützen
- 277 • Ausländerbeirat in seinen Kompetenzen stärken, beratende Stimme in Ausschüssen
- 278 • die Netzwerke in Halle (Saale), die der Selbstorganisation und Interessenvertretung von
279 Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten dienen, zu unterstützen
- 280 • -kontinuierliche Förderung von Projekten , die der Integrationspolitik von Menschen mit
281 Migrationshintergrund dienen
- 282 • -dafür zu sorgen, dass Asylbewerberinnen und -Asylbewerber vorrangig in dezentralen Un-
283 terkünften wohnen können,
- 284 • Unterstützung von Netzwerkstrukturen für die Teilhabe von Flüchtlingen in die Gesellschaft.
- 285 • Nutzung der kulturellen Vielfalt - Bereicherung für Halle....
- 286 • Fördermittel verstärkt für Deutschunterricht einsetzen
- 287 • Förderung von Beratungsstellen für Opfer von Diskriminierung und Gewalt
- 288 • Willkommenskultur in Halle, insbesondere der Stadtverwaltung und der Ausländerbehörde
289 zu unterstützen
- 290 • Berufsorientierung als Beratungsangebot für Migranten
- 291 • sich für die Anerkennung der Berufsabschlüsse einzusetzen
- 292 • besondere Beratung und Hilfen für Existenzgründer und Kleingewerbetreibende mit Migrati-
293 onshintergrund zu unterstützen

294
295

296 **Halle – mit guter Gesundheitsversorgung**

297

298 **Einleitung muss noch erarbeitet werden*

299 Das heißt für DIE LINKE

- 300 • in allen Sozialräumen der Stadt Halle (Saale) muss es Möglichkeiten der medizinischen
- 301 Grundsicherung geben
- 302 • dem Erhalt bzw. der Schaffung von Beratungsstellen, insbesondere für psychosoziale Er-
- 303 krankungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken
- 304 • die Arbeit der Selbsthilfegruppender Stadt Halle (Saale) sowie der Beratungs-und Hilfsange-
- 305 bote für Suchtkranke zu unterstützen
- 306 • kein Abbau am öffentlichen Gesundheitsdiensten , insbesondere bei der präventiven ge-
- 307 sundheitlichen Vorsorge bei Kindern-und Jugendlichen zuzulassen

308

309 **Halle – Zentrum der Kultur in Sachsen-Anhalt**

310

311 Die Ausstrahlung der Stadt Halle beruht im besonderen Maße auf ihrem Reichtum und ihrer Vielfalt
312 an Kultur und Kunst. Kultur vertieft die Verbundenheit der Einwohner zu ihrer Stadt und ist Aus-
313 strahlungskraft über die Grenzen der Kommune hinaus. Teilhabe und Mitwirken an der Gestaltung
314 von Kultur und Kunst sind Grundbedingungen für eine zukunftsorientierte Kommune.

315 Die freie Kulturszene, Radio Corax als regionaler Vermittler von Initiativen, Kunst und Kultur, auch
316 privatwirtschaftlich geführte Kulturträger bereichern die Stadt auf vielfältigste Weise und bedürfen
317 der Anerkennung und Förderung.

318 Grundlage für eine lebendige Kultur ist eine übergreifende kulturelle Infrastruktur. Kommunale Kul-
319 turpolitik muss die kulturelle Infrastruktur besonders fördern, mit dem Ziel, allen Menschen den
320 Zugang zur Kultur und Kunst zu eröffnen und diesen Zugang zu einem Bedürfnis zu machen.

321 Das heißt für DIE LINKE:

- 322 • Erhalt und stetige Weiterentwicklung des vielfältigen Angebotes an kulturellen Einrichtungen
- 323 und Initiativen, wie soziokulturelle Angebote in den Stadtteilen und den Angeboten in den
- 324 Theatern, Bibliotheken und Museen,
- 325 • Erhalt bestehender Einrichtungen und vor allem Weiterentwicklung einer ausgewogenen
- 326 Theaterlandschaft - ‚Kunst und Kultur leben nicht davon, dass sie als Anspruch konserviert
- 327 werden‘
- 328 • Kommunale Kulturpolitik ist besonders auf Kultur für Kinder und Jugendliche auszurichten.
- 329 In den Stadtteilen sind Kommunikationsstätten und Begegnungsorte für Kinder und Jugend-
- 330 liche zu erhalten oder bei Bedarf neu einzurichten. Kulturelle Kinder- und Jugendarbeit soll
- 331 als wesentlicher Bestandteil von Angeboten der Theater und Kultureinrichtungen weiter
- 332 ausgebaut werden
- 333 • Auch zukünftig die Händelfestspiele jährlich als einen Höhepunkt der Pflege des musikali-
- 334 schen Erbes unserer Stadt bei zu behalten.
- 335 • Prägende Bestandteile städtischer Kultur sind Theater, Musik und bildende Kunst, die in Ak-
- 336 tivitäten und Ausstrahlung besonders zu fördern sind.
- 337 • Theater, Opern und Orchester GmbH*
- 338 • Die Stadtbibliothek mit ihrem Zweigstellen, der Fahrbibliothek und der Musikbibliothek ist
- 339 als wesentlicher Vermittler von Literatur und als kultureller Bildungsträger zu erhalten und
- 340 entsprechend den aktuellen Anforderungen hinsichtlich neuer Medienformen zu entwickeln.
- 341 • Die Museen unserer Stadt, als Stätten stadtgeschichtlicher Ortung sind in materieller und
- 342 finanzieller Ausstattung abzusichern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch eine Erweite-
- 343 rung der Sammlungen möglich sein muss. Sie sollen unabhängig von ihrer Trägerschaft in
- 344 ein städtisches Gesamtkonzept eingebunden werden

- Das Konservatorium „ Georg Friedrich Händel „ ist eine bedeutende Einrichtung der kulturellen Bildung. Es muss dauerhaft erhalten und für alle sozialen Schichten bezahlbar bleiben. Ergänzend zum Konservatorium sollen die privatwirtschaftlichen Musikschulen im Blickfeld der Stadträte bleiben, Kooperationen sind zu prüfen, Fördermöglichkeiten auszuschöpfen
- Kommunale Kultur bedarf auch einer aktiven Soziokultur, vor allem in den Stadtteilen. Hier wirken wir darauf hin, dass von der Kommune die erforderlichen materiellen und finanziellen Bedingungen geschaffen werden um für jeden offene barrierefreie soziokulturelle Zentren zu erhalten und zu schaffen
- Die Vielzahl an Galerien und Ausstellungen der bildenden Kunst bereichern das kulturelle Leben in der Stadt und prägen entscheidend die Kunstszenen vor Ort. Diese Aktivitäten sollen ständig unterstützt und gefördert werden.
- Der freien Kunstszenen (freie Theater, Kunstvereine und Verbände) sind Entwicklungsmöglichkeiten zu gewährleisten und größtmögliche Unterstützung zu geben.
- Kunst im öffentlichen Raum soll frühzeitig bei der Stadtplanung stärkere Beachtung finden.
- Die Medienkultur gewinnt zunehmend an Bedeutung. Kommunale Kultur muss verstärkt dieser Entwicklung Aufmerksamkeit zollen und erforderliche Maßnahmen ergreifen.

** In der Klausurberatung wurde sich verständigt, unsere Forderungen zur Theater, Opern und Orchester GmbH vor dem Hintergrund der Kürzungsdebatte darzulegen und sowohl unsere Vorstellungen, als auch die Forderungen an das Land zu benennen. Hierzu erging ein Arbeitsauftrag an die Kulturpolitiker, dessen Ergebnis zum Stadtparteitag vorgelegt wird.*

Halle – Wohnen in unserer Stadt

Das Vorhalten von bedarfsgerechtem Wohnraum ist einer der wichtigsten Bestandteile der Daseinsvorsorge. Deswegen darf dieser Bereich nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern verlangt einen starken kommunalen und genossenschaftlichen Sektor. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass HWG und GWG nicht privatisiert oder Teile des Wohnungsbestandes zur Haushaltskonsolidierung verkauft werden. Wir wollen dass ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in allen Stadtteilen für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung steht. Attraktive Stadtentwicklung heißt für uns, dass Gentrifizierung überwunden wird: Dazu gehören für uns beispielsweise soziale Wohnraumbindung sowie Konzepte für integrative Stadtentwicklung.

Das heißt für DIE LINKE

- Qualifizierte Mietspiegel und ergänzende Betriebskostenspiegel müssen flächendeckend auf Grundlage aller Bestandsmieten erstellt werden.
- auf der Grundlage von qualifizierten Mietspiegeln Mietobergrenzen für die Mieten in Halle festzulegen
- Einflussnahme auf kommunale Unternehmen mit dem Ziel, Mieterhöhungen auf Grund von Neuvermietungen zu stoppen
- dem wachsenden Bedarf an barrierefreien Wohnraum ist Rechnung zu tragen (altengerechter Wohnraum)
- durchgängige Beachtung der Erfordernisse von Barrierefreiheit , Kinder-, Familien- und Seniorenfreundlichkeit im Wohnumfeld

Halle – Stadt des Sports

Der Sport muss Bestandteil des halleschen Leitbildes sein, er gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Für DIE LINKE ist der Sport und Sporttreiben ein soziales Recht der Menschen, dessen Wahrnehmung der sinnvollen Freizeitgestaltung und dem persönlichen Wohlbefinden dient. Die Erarbeitung

eines kommunalen Sportentwicklungskonzeptes ist das geeignete Mittel, den Breiten-, Leistungs-, Nachwuchs- sowie Gesundheits- und Rehabilitationssport in der Stadt Halle fest zu verankern. Sportliche Erfolge sind ein positives Image für die Stadt Halle (Saale) Dazu gehören auch die erfolgreichen Leistungssportler unserer Stadt. Neben den sozialen und Image prägenden Funktionen, tragen viele Vereine in ihrer Arbeit auch einer weiteren Funktion des Sports zunehmend Rechnung: Sport als präventive Gesundheitsvorsorge für alle Altersgruppen. In den letzten Jahren entstanden in Halle (Saale) Sportstätten, die sowohl für den Leistungs- und Breitensport sowie für die Bevölkerung genutzt werden können. Trotzdem ist der Sanierungsbedarf an den Sportstätten der Stadt weiterhin hoch.

Das heißt für DIE LINKE

- eine bedarfsgerechte und verlässliche Förderung der Sportvereine auf der Grundlage eines kommunalen Sportförderprogramms
- der Eissport hat in Halle (Saale) eine Zukunft
- Bolzplätze und ähnliche Sportplätze in den Wohngebieten für den Freizeitsport zu erhalten ; ggf. neu zu errichten
- Initiativen von Sportvereinen, ihre Sportstätten qualitativ zu verbessern zu unterstützen
- die Sportschule auch zukünftig als wichtigen Sportbestandteil in Halle zu sehen
- Weitere Entwicklung von sportlichen Integrationsprojekten
- in den Vereinen und Organisationen des Sports sehen wir wichtige Partner, um insbesondere Werte wie Toleranz, Respekt, und Fairness in die Gesellschaft hinein zu tragen und zu vermitteln

Halle – Stadt engagierter Menschen

Zahlreiche Menschen in unserer Stadt engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen und Initiativen, leisten sozial und kulturell wichtige Arbeit, bringen sich ein in Aktionen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz. Diese Bereitschaft mit zu gestalten, stellt einen großen Reichtum und ein wichtiges Potential unserer Stadt dar.

Wir setzen uns für die Stärkung der direkten Bürgerbeteiligung in Halle ein. Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung beginnt für uns nicht erst mit der Vorstellung von Verwaltungsplänen, von der frühesten Planungsphase an. Hierzu wollen wir auch die sich mit dem Internet bietenden Formen der Mitsprache nutzen.

Das heißt für DIE LINKE:

- Nicht Auswahl aus verschiedenen Plänen der Verwaltung, sondern Miterarbeitung an Plänen.
- Die Stadtverwaltung muss die Chancen des Internets nutzen, um Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Alle Stadtratsanträge werden deshalb sofort online eingestellt und so dargestellt, dass ersichtlich ist, welche Stadtteile sie betreffen (insbesondere Flächennutzungspläne und Bebauungspläne). Das Ratsinformationssystem muss nutzerfreundlich und übersichtlich überarbeitet werden.
- Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer gesamtheitlichen E-Gouvernement-Strategie, mit Prüfung von Kostenersparnissen durch Open-Source-Programme.
- Teilhabe bedeutet für uns auch die Möglichkeit für alle, an kommunalen Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Arbeitsmöglichkeiten der ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger müssen verbessert werden, um zu verhindern, dass die Mitwirkungsmöglichkeit durch die eigene soziale Situation beschnitten wird.
- Um allen Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung zu ermöglichen, soll es freies W-Lan in der ganzen Stadt geben. Dieses soll durch die Stadt und Partner aus der lokalen Wirtschaft aufgebaut werden. Hier gibt es bereits viele kleine private Initiativen in Läden und Lokalen.

- Der Bürgerhaushalt soll verstetigt und ausgebaut werden.
- Zu verschiedenen Themen in den einzelnen Stadtteilen soll es eine verstetigte Beteiligung durch Bürgerforen geben. Dazu stadtweite Foren zu Themen, die die ganze Stadtgesellschaft betreffen.
- Eine Vereinfachung von Beteiligungsprozessen
- Bürgerbegehren- und -entscheide sollen parallel zu anderen Wahlen stattfinden. Wir streben zu jeder Wahl an, die Bürgerinnen und Bürger über einen Punkt der Stadtentwicklung im gesamtstädtischen Interesse zu befragen.
- Für Bürgerinitiativen, Vereine und sonstige von Entscheidungen der Stadt Betroffene, soll in der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung des Stadtrates ein Anhörungsrecht in den Ausschusssitzungen verankert werden.
- Teilhabegenossenschaften, die zum Beispiel Stadtteilgärten betreiben, werden von der Stadt unterstützt und gefördert.
- Projekte wie Teilhabegenossenschaften, die sich zum Beispiel um brachliegende Flächen kümmern, werden von der Stadt aktiv gefördert
-

Halle - gemeinsam gegen Rechts

Die Einstellung, die man gemeinhin als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bezeichnet, zieht sich durch alle gesellschaftlichen Schichten. Sie ist ebenso wie rassistische Handlungen und Straftaten eine Bedrohung für die Demokratie.

Wir alle müssen ihr gemeinsam auf allen politischen Ebenen - parlamentarisch wie außerparlamentarisch - begegnen. DIE LINKE setzt sich deshalb für das konstruktive Zusammenwirken aller Demokraten ein. Dazu gehört es auch, eine ungeschönte Wahrnehmung neonazistischer Aktivitäten in Halle zu haben, die nicht aus Angst vor möglichen Imageschäden die Augen vor tatsächlich bestehenden Problemen verschließt. Nur dann kann gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wirkungsvoll bekämpft werden, nur dann können Opfer von rechter Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung Solidarität erfahren.

DIE LINKE will ein gesellschaftliches Klima schaffen, welches nicht zulässt, dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer Sexualität oder ihrer politischen Orientierung diskriminiert oder gar angegriffen werden.

Dazu bedarf es der gemeinsamen Anstrengungen aller politischen Akteure in der Stadt und vor allem des Engagements der Bürgerinnen und Bürger.

Das heißt für DIE LINKE:

- die kontinuierliche Förderung von Projekten, die der Interessenvertretung vor allem von MigrantInnen, Menschen mit Behinderungen oder Menschen in alternativen Lebensformen dienen
- die Unterstützung der Initiativen und Netzwerke gegen Rechtsextremismus in der Stadt, wie das „Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage“
- Sensibilisierung und interkulturelles Training für Mitarbeiter der städtischen Verwaltungseinrichtungen
- die stetige Arbeit an Konzepten gegen Gewalt und Ausgrenzung an Schulen und Vernetzung einzelner Projekte mit Unterstützung der Stadtverwaltung
- antirassistische Standards im Sport, insbesondere im Kinder- und Jugendsport und im Bereich der Fankultur
- die Förderung und Qualifizierung von Projekten zur historischen und politischen Bildung
- Förderung der Vereine und Verbände, die in der Beratung und Betreuung von MigrantInnen tätig sind

- 494 • Unterstützung der Arbeit des Ausländerbeirates und der Beauftragten für Migration
- 495 • Erhaltung und Pflege aller antifaschistischen Gedenkstätten in Halle und offensive Ausei-
- 496 nandersetzung mit neofaschistischem Gedankengut und Geschichtsfälschungen
- 497 • Ablehnung der Gleichsetzung der Verbrechen des Faschismus mit Unrecht und Menschen-
- 498 rechtsverletzungen nach 1945

499

500 Halle - Wirtschaftspolitik

501

502 *Das Thema Wirtschaft befindet sich derzeit noch in Erarbeitung, der wirtschaftspolitische Teil, (ohne*
 503 *kommunale Beteiligungen) soll neben den Anregungen der AG Wirtschaft, Umwelt und Verkehr fol-*
 504 *gende Forderungen enthalten:*

- 505 • *Leitbild 2025*
- 506 • *Eine Entwicklungsgesellschaft für alle Gewerbegebiete der gesamten Stadt gründen*
- 507 • *Überwindung der Parallelstrukturen von Wirtschaftsförderung und Entwicklungsgesellschaft*
- 508 *ten*
- 509 • *Gute Arbeit für gutes Leben*
- 510 • *kommunale Vergaben*
- 511 • *Frauenförderung*
- 512 • *kommunale Beschäftigungsprogramme, EfA*
- 513 • *Entwicklung von Projekten gegen Jugendarbeitslosigkeit – Halle 500*
- 514 • *Kreativwirtschaft fördern*
- 515 • *ehem. Schlachthof - Genossenschaft gründen*
- 516 • *Preisstopp bei Gewerberaummieten, z.B. obere Leipziger Straße*
- 517 • *Solargenossenschaft für Scheibe C, s. auf Rügen*

518

519 Halle – Stadt mit starken kommunalen Unternehmen

520

521 Die kommunalen Wirtschaftsunternehmen sind für Halle ein wichtiges Standbein zur Sicherung der
 522 Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Stadt. Unser Engagement richtet sich auf
 523 den Erhalt und die Sicherung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der städtischen Unterneh-
 524 men, besonders der Stadtwerke, damit diese ihrer sozialen Verantwortung nachkommen können.

525 Öffentliche Dienstleistungen und Güter sollen für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ih-
 526 rem Einkommen oder ihrer gesellschaftlichen Stellung zugänglich sein. Das erreichen wir, in dem
 527 kommunale Unternehmen der Daseinsvorsorge erhalten, gestärkt oder wieder geschaffen werden.
 528 Wir definieren Daseinsvorsorge als Grundversorgung mit öffentlichen Aufgaben, bei denen ein öf-
 529 fentliches Interesse besteht. Dazu gehören Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasser-
 530 entsorgung, Wohnungswirtschaft und öffentlicher Verkehr, Erziehung, Bildung und Kultur, Sport und
 531 Erholung, Gesundheits-, Kranken und Wohlfahrtspflege sowie Telekommunikation. In diesen Berei-
 532 chen sollen Kommunen sich wirtschaftlich betätigen können. Hier hat für uns Versorgungssicher-
 533 heit Vorrang vor Wettbewerbs- oder Gewinnüberlegungen.

534 Allen entgegenlautenden Behauptungen zum Trotz: unsere kommunalen Unternehmen hindern
 535 nicht wirtschaftliche Entwicklung, sondern sind auch für die ortsansässigen Wirtschaftsunterneh-
 536 men wichtige Auftraggeber und Partner.

537 Doch nicht das formale Eigentum an kommunalen Unternehmen steht für DIE LINKE im Mittelpunkt
 538 ihrer Kommunalpolitik, sondern der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger. Kommunale Unterneh-
 539 men müssen ihre Leistungen an den Bürgerinnen und Bürgern ausrichten, wirtschaftlich und trans-
 540 parent arbeiten und ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Sie sind für uns weder Konsoli-
 541 dierungsmasse noch Geldbeschaffungsmittel für den Haushalt.

DIE LINKE lehnt den Verkauf oder anderweitige Privatisierung kommunaler Unternehmen ab, sie wird überall Bürgerentscheide initiieren, wo dies versucht wird.

Unabhängig von der Unternehmensgröße, setzt sich DIE LINKE für eine angemessene Vertretung der Beschäftigten in den Aufsichtsgremien kommunaler Unternehmen ein.

In den Eigenbetriebsausschüssen, Verwaltungs- und Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen wirken die Mandatsträger der LINKEN darauf hin:

- dass Aufträge vor allem in die Region vergeben werden um die ortsansässigen Unternehmen zu stärken,
- dass Ausschreibungen großer Aufträge so gestaltet werden, dass regionale Unternehmen zum Zuge kommen,
- dass das Unternehmen bei seiner Preisgestaltung seiner sozialen Verantwortung gerecht wird, das schließt Sozialtarife ein,
- dass auf Geheimhaltung von Unternehmensangelegenheiten dort verzichtet wird, wo Belange der Bürgerinnen und Bürger betroffen sind,
- dass die Gewinne der Unternehmen für die Reinvestition in öffentliche Zwecke verwendet werden und
- dass die Vergabe von Spenden und Sponsoring öffentlich und durch von der Kommune legitimierte Gremien erfolgen.

Wir sprechen uns für eine Kooperation von kommunalen Unternehmen über Halles Stadtgrenzen hinaus aus. Bedingung hierfür ist, dass der Einfluss der demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter aller beteiligten Kommunen gewahrt bleibt.

Zur Daseinsvorsorge zählen für DIE LINKE auch starke Sparkassen in den Regionen. Sie stellen die Grundversorgung mit Bankdienstleistungen sicher. Die Vergabe von Krediten an Klein- und Mittelunternehmen ist zudem ein festes Standbein der Regionalwirtschaft. Im Verwaltungsrat der Saaleparkasse setzen sich unsere Stadträte für bezahlbare Kontoführungsgebühren, maßvolle Dispositionskreditzinsen und die Bereitstellung von Guthabenkonten für alle Bürgerinnen und Bürger ein. Wenn die Sparkassen Aufgaben überregional ausgliedert (Datenverarbeitung, Callcenter) werden wir strikt darauf achten, dass für die dort Beschäftigten, die Arbeits- und Tarifbedingungen der Sparkassen gelten.

Stadtentwicklung - Stadt - Umlandbeziehung

Das Thema Wirtschaft befindet sich derzeit noch in Erarbeitung, der wirtschaftspolitische Teil, (ohne kommunale Beteiligungen) soll neben den Anregungen der AG Wirtschaft, Umwelt und Verkehr folgende Forderungen enthalten:

- *gepflegte Wohnumfeldgestaltung*
- *Moderne Straßenbeleuchtung, s. Leipzig*
- *Mischwohnungsbau (Münchner Mischung)*
- *Unterstützung Initiative „Wächterhaus“*
- *Brachflächenkataster*

- Perspektivisch müssen wir uns mit der Situation von Halle und dem Saalekreis auseinandersetzen. Viele Gewerbebetriebe liegen außerhalb der Stadtgrenzen, während die Arbeiter_innen in Halle wohnen, finanziell kann die Stadt davon nicht profitieren. Eingemeindungen wie sie noch vor einigen Jahren angestrebt wurden sind aber nicht realistisch, so dass man neue Wege bei der Stadt-Umlandbeziehung gehen muss. Dabei kann man sich an schon bestehenden Projekten orientieren und zum Beispiel an Organisationsformen wie der Region Hannover anknüpfen. Ein Regionalkreis mit einer kreisfreien Stadt Halle könnte das Ziel sein.

- Auch der Blick nach Leipzig wird in Zukunft noch wichtiger werden, eine Zusammenarbeit in einer neu geordneten Metropolregion in Zusammenarbeit mit Saalekreis, Nordsachsen und Leipziger Band, die Synergien herstellt, streben wir an.
- Für die Friedhöfe in unserer Stadt soll ein Gesamtkonzept erarbeitet und beschlossen werden, das die bestehenden Standorte erhält und den Veränderungen der Bestattungskultur sowie den zurückgehenden Bestattungszahlen Rechnung trägt. Innerhalb der einzelnen Friedhöfe können zum Beispiel Bestattungsflächen reduziert und solange sie nicht wieder benötigt werden, zu Grünanlagen innerhalb des Friedhofes umgestaltet werden.

Halle – Stadt mit einer neuen Kultur der Mobilität

Leben heißt Bewegung – zu Fuß, mit dem Fahrrad und/ oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Nutzung vom Auto kann nur reduziert werden, wenn die Attraktivität des angebotenen Netzes aus Straßenbahn-, Bus- und S-Bahnlinien steigt. Die Erreichbarkeit von Kindereinrichtungen, Schulen, Arbeitsplätzen und öffentlichen Einrichtungen zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit dem ÖPNV muss aktiv gefördert werden.

Zur Verkehrsinfrastruktur einer Stadt gehören für uns auch Gestaltungsaspekte des Verkehrsraumes, Umweltverträglichkeit und Fragen der Sicherheit. Wir wollen sichere Schulwege, sichere Fahrradwege und eine autoarme Innenstadt.

Entsprechend ausgestattete Wegenetze (des ÖPNV sowie von Rad- und Fußwegen) verringern die Beweggründe zur Autobenutzung und sollen sich als Alternative zum Individualverkehr entwickeln und eine vom Auto unabhängige Mobilität in der Stadt fördern.

Das heißt für DIE LINKE

- Sicherung eines leistungsfähigen Verkehrsunternehmens in kommunaler Hand unter Berücksichtigung der Menschen und Beachtung europäischer Rahmenbedingungen
- eine Einführung des Sozialtickets
- (langfristig sozialverträgliche Tarife)
- eine bessere Anbindung abgelegener Ortsteile an Bus und Bahn
- ein gut vertaktetes und vor allem barrierefreies Angebot des ÖPNV
- den Ausbau des Radwegenetzes (Radwegesanierungsprogramm)
- Errichtung eines Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof
- die Entschärfung von Unfallschwerpunkten
- Veränderungen im Bereich der Hochstraße bedürfen einer grundsätzlichen breiten Diskussion in der halleschen Bevölkerung und sind untrennbar mit einer städtebaulichen und verkehrsorganisatorisch verträglichen Lösung verbunden

Mittelfristig strebt DIE LINKE die Einführung eines fahrscheinlosen Nahverkehrs an, welcher Umlagefinanziert wird. Das heißt, alle Hallenserinnen und Hallenser, aber auch Unternehmen und Hotels beteiligen sich an den Kosten des öffentlichen Nahverkehrs, wobei eine soziale Stafflung der Umlage erfolgen soll. Über die Einführung des fahrscheinlosen Nahverkehrs soll in einem Bürgerentscheid befunden werden, den wir für 2019 anstreben.

Umwelt

Unsere grüne Stadt ist lebenswert. Halle (Saale) ist Deutschlands Großstadt mit den höchsten Anteilen an Grünanlagen und Erholungsflächen. Es ist ein Zeichen von Lebensqualität für die Stadt und ihr Umland.

Diese natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, Naturräume zu schützen und zu erweitern sowie eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise zu fördern, sollte für eine weitere Stadtentwicklung die Grundlage sein. Ein ökologischer Umgang mit der nicht mehr vermehrbaren Ressource Stadtfäche ist notwendig.

Die Umweltbedingungen haben sich in Halle kontinuierlich verbessert. Der Kampf gegen Lärm und Feinstaub hat in den letzten Jahren einen höheren Stellenwert eingenommen und wird mit mehr Konsequenz durchgeführt, um Gesundheit und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zu sichern bzw. zu verbessern.

Das heißt für DIE LINKE:

- Erhalt der Grünanlagen, sowie Ergänzung des Systems innerstädtischer Grünflächen durch Stadtumbauflächen
- eine Verbesserung der Lebensqualität durch schrittweise Erweiterung der Tempo-30-Zonen in Wohngebieten
- die Erarbeitung eines Spielplatzinvestitionskonzeptes
- die Unterstützung der Bürger, der Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften zur Begrenzung der Belastungen aus Boden- und Fluglärm
- Verbesserung des Hochwasserschutzes
- die Fortschreibung und Umsetzung des Klimaschutzprogramms
- eine Umwelt schonendere Abfallwirtschaft in kommunaler Hand mit Augenmerk auf eine optimierten stofflichen Verwertung des Mülls aus Privathaushalten
- Kleingärten haben für ihre Nutzer einen hohen Erholungswert und sind ein bedeutender Teil der städtischen Grünflächen. Das 2013 beschlossene Kleingartenkonzept soll gemeinsam mit dem Stadtverband der Kleingartenfreunde umgesetzt und weiterentwickelt werden. Die zur Umsetzung des Konzeptes vorgesehenen Mittel sollen ab 2015 in den Haushalt eingestellt werden.
- Bessere finanzielle Ausgestaltung der Tierheime.
- Beendigung, der Zurschaustellung von Wildtieren in Zirkussen in Halle (Saale)
- Aufstellung von Hundetoiletten oder zumindest ausreichend Abfallbehältern

Halle –eine sichere Stadt

Zur freien und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft gehört das Empfinden, sich in Sicherheit zu bewegen. Das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nehmen wir deshalb sehr ernst. Effektive Sicherheitspolitik muss zuerst den Bereich der Prävention in den Blick nehmen und die Ursachen und Bedingungen von Kriminalität bekämpfen.

Das heißt für DIE LINKE:

- Entwicklung stadtteilbezogener Sicherheitskonzepte
- Erhalt und Unterstützung aller Freiwilligen Feuerwehren und der Wasserrettungsdienste
- Beibehaltung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität - für Toleranz und Integration“
- Wiedereinführung des Polizeibeirates
- Unterstützung der Kontaktbereichsbeamten in ihrer bürgernahen Tätigkeit
- Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder
- Konfliktmanagement statt Bürgerwehren

Für eine finanziell gesunde Stadt

DIE LINKE steht für eine Haushaltspolitik, die für die Leistungen der Daseinsvorsorge die Mittel und das notwendige Personal bereitstellt. Wirtschaftlichkeit messen wir zuallererst an der Aufgabenerfüllung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern. Wir verschließen uns nicht notwendigen Anpassungen und Einsparungen, die wir unter dem Gesichtspunkt des Sozialen prüfen und bewerten.

Dort, wo Einwohnerinnen und Einwohner mit Gebühren und Beiträgen kommunale Aufgaben mitfinanzieren, wird sich DIE LINKE für eine Offenlegung und vollständige Transparenz der Kalkulationsgrundlagen einsetzen. Wir streben dort, wo es möglich ist, eine Gebühren- und Beitragsstaffelung nach sozialen Aspekten an. Den Verkauf von kommunalem Eigentum zur Haushaltskonsolidierung lehnen wir strikt ab.

Wir werden bei der Bemessung von Abschreibungen und der Bildung von Rückstellungen darauf achten, dass nicht zu Lasten der Handlungsfähigkeit der Kommune Bewertungsspielräume falsch genutzt werden.

Halle wird derzeit mit Problemen allein gelassen, deren Verursacher die Stadt selbst nicht ist. Unter dem Stichwort „Haushaltskonsolidierung“ werden allorts die Dinge weggekürzt, die eine Kommune lebenswert machen. Die Lösung der kommunalen Haushaltsprobleme muss auf Bundes- und Landesebene erfolgen!

DIE LINKE hat hierzu Vorschläge unterbreitet:

- Wir stehen für die Einführung einer Gemeindewirtschaftssteuer, die die bisherige Gewerbesteuer ablösen soll. Mit ihr wollen wir alle selbstständigen, mit Gewinnabsicht ausgeübten Tätigkeiten besteuern.
- Für den kommunalen Finanzausgleich in Sachsen-Anhalt haben wir einen Vorschlag unterbreitet, der die Kommunen nicht von der allgemeinen Steuerentwicklung abkoppelt, den Mindestbedarf sichert und innerhalb der kommunalen Familie einen angemessenen Ausgleich schafft.
- Wir fordern auch für die vor der Föderalismusreform II den Kommunen vom Bund übertragenen Aufgaben die Anwendung des Konnexitätsprinzips – es muss gelten: Wer bestellt, der bezahlt auch.

Personal

Das Thema Personal befindet sich derzeit noch in Erarbeitung, bis jetzt sind folgende Forderungen für das Programm vorgesehen.

- Wollen wir eine Verstetigung des Personalausschusses, als ständige Begleitung der Aufgabenkritik in der Stadtverwaltung unter angemessener Einbeziehung des Personalrates
- Voranstellen sollten wir, dass die Stadt das Personal vorhalten muss, welches für die Aufgabenerfüllung notwendig ist
- Stadt als Anbieter von Ausbildungsplätzen
- Keine Aufgabenauslagerung um Personalkosten einzusparen, strikte Tarifierung wenn Dritter Aufgaben erfüllt
- Bei Einstellung Migranten berücksichtigen

Hinweise für die Listenaufstellung zur Mitgliederversammlung am 01. März 2013

Der Stadtvorstand hat in seiner Sitzung am 08. Januar die Einberufung der Gesamtmitgliederversammlung zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 beschlossen.

Für die Einreichung der Wahlvorschläge und das Wahlverfahren gilt folgendes:

- Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben. Die Mitgliederversammlung vom 01.12.2012 hat zudem beschlossen, dass sich auch parteilose Hallenserinnen und Hallenser bewerben können, die unsere Ziele teilen.
- Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen. (elektronische Übermittlung ist ausreichend). Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist, kann sowohl der Wahlvorschlag als auch die Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten. Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen- und Bewerberliste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.
- Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine Redezeit von 7 Minuten zu ihrer Vorstellung.
- Schriftliche Bewerbungen, die bis zum 10.02.2014 im Stadtvorstand vorliegen, werden mit der Einladung zur Mitgliederversammlung versendet. Der Vorstellungsbogen ist im Stadtvorstand erhältlich, bzw. kann per E-Mail abgefordert werden.